

Hochwasserkatastrophe in Deutschland

CSU-Landesgruppe setzt sich für schnelle und unbürokratische Hilfe ein

Die Situation der Menschen, die von der Hochwasserkatastrophe in großen Teilen Deutschlands betroffen sind, war das beherrschende Thema in der CSU-Landesgruppe in dieser Woche. Die Bundestagsabgeordneten werden sich für schnelle und unbürokratische Hilfe - insbesondere für die ländlichen Regionen - einsetzen.



Foto: picture alliance /dpa

Die Fluten von Donau, Inn und Ilz haben die historische Altstadt und des Zentrum von Passau großflächig überschwemmt.

Für die bayerischen Abgeordneten stehen dabei natürlich die Wassermassen der Donau sowie ihrer Zuflüsse - wie beispielsweise Naab, Regen, Vils, Isar, Mangfall, Salzach und Inn - besonders im Fokus. Der Blick geht aber auch in andere betroffene Gebiete, wie beispielsweise ins Maingebiet zu Regnitz, Schwarzach, Fränkische Saale, Oberer Main oder Rednitz. Erste Aufgabe war und ist es für die christlich-sozialen Abgeordneten zu-nächst, das Leben von Menschen und Tieren in den betroffenen Regionen zu schützen und Schäden so weit wie möglich zu verhindern. 1.800 Helfer des Technischen Hilfswerks, 500 Bundespolizisten und rund 4.000 Soldaten und Reservisten haben sich Tag und Nacht aufopferungsvoll gegen die Wucht der Wassermassen gestemmt. Ihr Einsatz hat den betroffenen Menschen deutlich gemacht: Sie sind nicht allein. Die CSU-Landesgruppe wird auch

Solidarische Soforthilfe

nach dem Rückzug der Wassermassen die weitere Hilfe für die betroffenen Regionen genau im Blick behalten. Für die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, steht fest: „Wir lassen die Menschen auch beim Aufbau nicht alleine“. Die unbeschreiblich schlimme Lage in den betroffenen Gebieten werde große Herausforderungen in den kommenden Wochen und Monaten mit sich bringen. Für die Landesgruppe ist klar, dass alles getan werden muss, um die langfristigen Schäden zu beheben - auch über die von Bundeskanzlerin Angela Merkel zugesagte Soforthilfe in Höhe von 100 Millionen Euro hinaus. Genau wie bei der Flutkatastrophe 2002 muss den Betroffenen nun solidarisch Hilfe geleistet werden. Der Dank der CSU-Landesgruppe gilt den Einsatzkräften und ehrenamtlichen Helfern vor Ort, die in unzähligen Einsatzstunden in den betroffenen Gebieten alles tun, um den Menschen zu helfen.



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Seit Tagen gibt es jede Nacht aus der Türkei dieselben Bilder: Proteste gegen Ministerpräsident Erdogan, Tränengas, Gewalt. Die Proteste zeigen, dass sich in der Türkei eine Zivilgesellschaft entwickelt. Und die Bilder zeigen, dass die Türkei damit nicht umgehen kann. Autoritäres Verhalten gegen Demonstranten entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit.

Mitten in dieser Entwicklung gab im Bundestag die Debatte zur Frage des Rechtsstatus von türkischen Staatsangehörigen in Deutschland die Gelegenheit, auch bei der Frage der Beziehungen zur Türkei klar Farbe zu bekennen. Die CSU-Landesgruppe will eine gute Partnerschaft, eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU wird es aber mit der Landesgruppe nicht geben. Die Verhandlungen müssen in einer neuen Form der Partnerschaft münden. Wer kann bei den aktuellen Bildern noch daran zweifeln, dass alles andere das genau falsche Signal wäre?

Für uns spricht ein weiterer Punkt gegen eine Vollmitgliedschaft: Die Religionsfreiheit ist als Menschenrecht ein unverzichtbarer Eckpunkt für die Zugehörigkeit zur Europäischen Union. Solange die EU in ihrem Fortschrittsbericht die staatlich gewollte Benachteiligung nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften feststellt, müssen die Beitrittsverhandlungen ruhen.

Letztlich sollte über den EU-Beitritt neuer Länder das Volk entscheiden. Die CSU-Landesgruppe fordert deshalb Volksabstimmungen in dieser Frage und wirbt um eine Mehrheit hierfür. Sie können uns im September in diesem Werben bestärken.

Mit freundlichen Grüßen

Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Bundestag debattiert über Lage der Freien Berufe

Zahl der selbständigen Freiberufler auf neuem Höchststand

Die Freien Berufe werden in Deutschland wichtiger. Ob Ärzte, Architekten, Journalisten, Kulturschaffende oder Rechtsanwälte: In immer mehr Bereichen des Wirtschaftslebens spielen Angehörige der Freien Berufe eine entscheidende Rolle. Am Freitag hat sich der Deutsche Bundestag mit der Lage der Freien Berufe beschäftigt.

Grundlage der Debatte war ein Bericht der Bundesregierung über die Lage der Freien Berufe. Wie die Bundesregierung darin mitteilt, hat die Zahl der selbständigen Freiberufler in Deutschland mit 1,2 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass die freien Kulturberufe unter den selbständigen Freiberuflern mit 291.000 Angehörigen die größte Gruppe stellen, gefolgt von den freien Heilberufen mit 136.000, den Ärzten mit 124.012 und den Rechtsanwälten mit 114.200. Der höchste Zuwachs sei in den vergangenen zehn Jahren bei den „neuen“ Freien Berufen zu verzeichnen gewesen. Die Bundesregierung nennt hier die wirtschaftsberatenden Freien Berufe (ohne Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Steuerberater), die technischen und naturwissenschaftlichen Freien Berufe (ohne Ingenieure und



Foto: picture alliance / bildagentur-online

Architekten) und die freien Heilberufe (ohne Ärzte und Zahnärzte). Die Freien Berufe spielen nicht nur als Arbeitgeber und Ausbilder eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland. Sie erwirtschaften auch rund 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und beschäftigen fast 3 Millionen Mitarbeiter, darunter knapp 112.000 Auszubildende. Ihre Tätigkeit ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft: Unabhängiges Entscheiden, Verantwortung für das eigene Handeln, wirtschaftlicher Erfolg durch Leistung. Die Bundesregierung ist sich der großen Bedeutung der Freien Berufe für die Soziale Marktwirtschaft bewusst und wird das Potenzial der Freien Berufe für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung auch künftig durch ihre Politik konsequent stärken und unterstützen.

Diese Woche

- Hochwasserkatastrophe in Deutschland
CSU-Landesgruppe setzt sich für schnelle und unbürokratische Hilfe ein 1
- Bundestag debattiert über Lage der Freien Berufe
Zahl der selbständigen Freiberufler auf neuem Höchststand 2
- Regelung zur vertraulichen Geburt
Gute Lösung für Mütter und Kinder 2
- Politik der christlich-liberalen Koalition stärkt die Kommunen
Finanzielle Lage der Kommunen so gut wie seit Jahren nicht 3
- Koalition verbessert die Rahmenbedingungen für Apotheken
Nacht- und Notdienste werden zukünftig besser bezahlt 3
- Gespräch der CSU-Landesgruppe mit russischen Abgeordneten
CSU-Landesgruppe pflegt deutsch-russische Beziehungen 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete
Foto Editorial: Henning Schacht

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Regelung zur vertraulichen Geburt

Gute Lösung für Mütter und Kinder

In Deutschland werden jährlich etwa 20 bis 35 Kinder direkt nach der Geburt ausgesetzt oder getötet. Am Freitag hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der christlich-liberalen Koalition beschlossen, mit dem Kindstötungen und Aussetzungen in Zukunft verhindert werden sollen.

Das Phänomen der Kindsaussetzung und der Kindstötung gibt es seit jeher. Auch heute noch sehen Mütter, die sich in einer psychosozialen Notlage



Foto: picture alliance / dpa Themendienst

befinden, manchmal keinen anderen Ausweg, als ihr Kind auszusetzen oder zu töten. Frauen, die Angst davor haben, im Rahmen der Entbindung ihren Namen preiszugeben, benötigen bessere Hilfen. Mit dem in dieser Woche beschlossenen Gesetzentwurf schaffen die Koalitionsfraktionen in Zukunft die Möglichkeit, dass Schwangere in Notsituationen ihr Kind unter ärztlicher Betreuung zur Welt zu bringen und ihre Daten dennoch geheim halten können. Um den Interessen aller Beteiligten Rechnung zu tragen, wird bei der neu geschaffenen

Regelung auf eine sensible Abwägung der Rechtsgüter geachtet. Berücksichtigt ist insbesondere, dass der leiblichen Mutter für eine ausreichend lange Zeit die Anonymität ihrer

Daten garantiert wird, damit sie Hilfe annehmen kann und eine Lösung für ihre Konfliktlage findet. Darüber hinaus soll es für das Kind möglich sein zu erfahren, wer seine Mutter ist. So werden auch die Interessen der Kinder deutlich besser gewahrt als bei den bestehenden Angeboten der anonymen Kindesabgabe. Dadurch trägt die Koalition den Interessen aller Beteiligten gleichermaßen Rechnung - den Interessen der Kinder, der leiblichen Eltern sowie (im Falle einer Adoption) auch den Interessen der Adoptiveltern.

Politik der christlich-liberalen Koalition stärkt die Kommunen

Finanzielle Lage der Kommunen so gut wie seit Jahren nicht

Starke Kommunen sind von entscheidender Bedeutung für die Lebensfähigkeit der Demokratie. Deshalb unterstützt die unionsgeführte Bundesregierung die Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in besonderer Weise – und das, obwohl es zunächst Aufgabe der Bundesländer ist, für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen.

In einer Debatte des Bundestages zur Lage der Kommunen am Donnerstag wurde einmal mehr deutlich, dass der christlich-liberalen Koalition die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung am Herzen liegt. Anlass der Debatte war eine Große Anfrage der Koalition, die die Bundesregierung beantwortet hatte. Auf 120 Seiten stellte das Bundesfinanzministerium im Detail dar, was in den vergangenen Jahren für die Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland von Seiten des Bundes getan wurde und weiterhin getan wird. So haben die Koalitionsfraktionen die Kommunen in dieser Legislaturperiode deutlich finanziell entlastet. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter von rund 4,5 Milliarden Euro jährlich werden vom Bund übernommen. Für den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige steuerte er Zuschüsse in Höhe von über 5,5 Milliarden Euro bei. Nach Jahren des Defizits erzielten die Kommunen 2012 erstmals wieder einen Überschuss. Mehr noch: Sie erreichten den positiven Saldo als erste staatliche Ebene - vor Bund und Ländern. Auch in diesem Jahr übersteigen die Einnahmen der Kommunen insgesamt



Foto: picture alliance / chromorange

Die finanzielle Lage der Kommunen ist so gut wie seit Jahren nicht.

wieder deren Ausgaben. Grund dafür ist, dass der Bund sie bei den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Leistungsbezieher wesentlich entlastet. Die Politik der Bundesregierung trägt damit entscheidend zur Stärkung der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung bei. Auch die Folgen der Wirtschaftskrise konnten durch Unterstützung der Bundesregierung rasch gemeistert werden: Nach dem krisenbedingten

deutlichen Einbruch der Kommunalfinanzen im Jahr 2009 verbesserte sich das Finanzierungssaldo kontinuierlich. Im Jahr 2012 haben die Kommunen in Deutschland erstmals nach Beginn der Wirtschaftskrise wieder einen Überschuss von rund 1,8 Milliarden Euro erzielt. Die christlich-liberale Koalition hat damit ihr erklärtes Ziel erreicht und die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen umfassend gestärkt. So wurden die Kommunen finanziell entlastet, die Beteiligung der Kommunen an Gesetzgebungsverfahren verbessert, der Bundesfreiwilligendienst eingerichtet und zusätzliche Mittel des Bundes für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden.

Koalition verbessert die Rahmenbedingungen für Apotheken

Nacht- und Notdienste werden zukünftig besser bezahlt

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Sicherstellung des Apothekennotdienstes (ANSG) in 2./3. Lesung beschlossen. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Vergütung von Nacht- und Notdiensten der Apotheker zu verbessern und dadurch die flächendeckende, bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung zu sichern.

Den Apotheken obliegt die im öffentlichen Interesse gebotene Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung der Bevölkerung. Dies gilt auch während der Notdienstzeiten und der Nachtzeiten zwischen 20.00 Uhr und 06.00 Uhr. Während dieser Zeiten können die Apotheken bisher einen zusätzlichen Betrag von 2,50 Euro einschließlich Umsatzsteuer berechnen. Hinzu kommen die Erlöse aus



Foto: picture alliance / arco images GmbH

den im Notdienst abgegebenen Arzneimitteln. Der darüber hinausgehende Aufwand muss jedoch bislang aus dem Gesamtumsatz der Apotheken finanziert werden. Insbesondere in dünn besiedelten Gebieten mit geringer Inanspruchnahme des Notdienstes und häufigeren Notdiensten der einzelnen Apotheken ergeben sich

dadurch erhebliche Belastungen für die Erbringung und Aufrechterhaltung des Notdienstes. Dank des von der christlich-liberalen Koalition auf den Weg gebrachten Gesetzes wird zukünftig jede Apotheke, die einen Notdienst erbringt, einen pauschalen Betrag zuzüglich zur heutigen Vergütung für die einzelnen abgegebenen Arzneimittelpackungen erhalten. Hierfür werden rund 120 Millionen Euro bereitgestellt. Der

neue Notdienstzuschlag trägt wesentlich dazu bei, die Standortnachteile der Apotheken in ländlichen und strukturschwachen Regionen auszugleichen. Dadurch stellt die Koalition eine flächendeckende, bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung sicher - auch außerhalb der gesetzlichen Öffnungszeiten.

Gespräch der CSU-Landesgruppe mit russischen Abgeordneten

CSU-Landesgruppe pflegt deutsch-russische Beziehungen

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, und der Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik, Thomas Silberhorn, haben sich in dieser Woche in Berlin mit einer Delegation russischer Parlamentarier zum Gedankenaustausch getroffen.

Die neun russischen Abgeordneten, die in dieser Woche Berlin besucht haben, sind Volksvertreter in der russischen Staatsduma bzw. in Regionalparlamenten. Die Abgeordneten gehören überwiegend der Partei „Einiges Russland“ an, zwei Vertreter waren Angehörige der Fraktion „Gerechtes Russland“. Die gut informierten Gäste interessierten sich vor allem für die aktuellen

politischen Themen in Deutschland, sowohl auf Bundes-, aber auch auf Landesebene. Besonderes Interesse zeigten sie auch am bevorstehenden Landes- und Bundestagswahlkampf und wollten den Standpunkt der CSU zu den Themen Eurokrise, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Umsetzung der Energiewende kennenlernen. Von beiden



Foto: picture alliance / CSU-Landesgruppe
Gerda Hasselfeldt und Thomas Silberhorn in dieser Woche mit russischen DUMA-Abgeordneten

Seiten wurde das hohe Interesse an einem möglichst engen Austausch betont - sowohl zwischen den Parlamenten, aber auch zwischen den Zivilgesellschaften. Angesprochen wurden auch die jüngsten Probleme im Deutsch-Russischen Verhältnis, die insbesondere durch das „NGO-Gesetz“ verursacht werden, nachdem Organisationen - wie die in Russland tätigen

politischen deutschen Stiftungen - gezwungen werden, sich als „Agenten“ registrieren zu lassen. Die russischen Parlamentarier sicherten einhellig zu, dass die politischen Stiftungen in Russland sehr anerkannte Arbeit leisten und die durch das Gesetz ausgelösten Missstimmigkeiten in naher Zukunft gelöst werden sollten.

Euro-Hawk-Drohnen



Foto: picture alliance / dpa

Entscheidung war richtig

Bundesminister de Maizière hat dem Bundestag in dieser Woche einen fundierten Bericht zum Euro-Hawk vorgelegt, mit nachvollziehbarer Begründung und klarer Bewertung. Es wird deutlich, dass die Entscheidung richtig war, die Serie nicht zu beschaffen, aber den Prototypen zu nutzen, um das Aufklärungssystem ISIS fertigzustellen. Diese Entscheidung ist auch nicht zu spät getroffen worden. Wäre das Programm zu früh beendet worden, wären die Entwicklungskosten für ISIS vergeblich gewesen. Gleichwohl hat der Minister Mängel des Verfahrens eingeräumt und klare Konsequenzen aus dem Vorgang gezogen. Festzuhalten bleibt: Die Zukunft der Luftfahrt gehört den unbemannten Luftfahrzeugen. Für die Sicherheit unserer Soldaten gerade in Auslandseinsätzen sind Aufklärungsdrohnen unverzichtbar. Als Hochtechnologiestandort kann Deutschland es sich nicht leisten, aus der Drohnentechnologie auszusteigen. Für den Einsatz von Drohnen müssen jedoch grundsätzlich die offenen Fragen der Zulassung in Deutschland geklärt werden.

Bundeswehreininsatz im Kosovo



Foto: picture alliance / dpa

KFOR wird fortgesetzt

Die Bundesregierung will die Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) fortsetzen. Am Freitag hat sich der Bundestag mit dem entsprechenden Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des KFOR-Einsatzes befasst. Vorgesehen ist, dass die deutsche Beteiligung an KFOR mit unveränderter Zielsetzung fortgesetzt wird. Für die Operation können bis zu 1.850 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt werden. Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden des Kosovos hoch. Die Kosovo-Truppe, kurz KFOR (englisch Kosovo Force) ist die im Jahre 1999 nach Beendigung des Kosovokrieges aufgestellte multinationale militärische Formation unter der Leitung der NATO. Ihr obliegt es, gemäß der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 10. Juni 1999 beschlossenen Resolution 1244 für ein sicheres Umfeld für die Rückkehr von Flüchtlingen zu sorgen.